

10 Jahre seit dem Untergang der Sowjetunion

Der postsowjetische Raum im Wandel

Herausgegeben von der Schweizerischen Osteuropabibliothek
und dem Polit-Forum des Bundes

Bearbeitet und herausgegeben von Christophe v. Werdt

Stefan Wiederkehr ist Osteuropahistoriker in Zürich

Die Last des imperialen Erbes in der Russländischen Föderation

Einleitung

Der heutige Vortrag verfolgt zwei Ziele. Erstens möchte ich eine vorläufige Bilanz ziehen über die Erfolge und Misserfolge Russlands auf seinem Weg zu Demokratie und Marktwirtschaft, den es vor einem guten Jahrzehnt antrat. Selbst ein flüchtiger Vergleich mit der späten Breschnew-Zeit macht klar, wie weit Russland diesen Weg seit dem Zusammenbruch der Sowjetunion gegangen ist. Andererseits ist das heutige Russland weder eine stabile rechtsstaatliche Demokratie noch eine funktionierende Marktwirtschaft, die man auf eine Stufe mit den Mitgliedstaaten der Europäischen Union stellen könnte. Wo steht Russland heute in diesem Prozess der Transformation?

Zweitens werde ich auf *einen* bestimmten historischen Faktor eingehen, der wesentlich dafür verantwortlich ist, dass sich die hohen Erwartungen und Ziele der späten 1980er und frühen 1990er Jahre bis heute nicht realisiert haben, nämlich auf das imperiale Erbe. Dieses stellt in dreifacher Hinsicht eine Last für den Übergang Russlands zu einem demokratischen Rechtsstaat mit kapitalistischer Wirtschaft dar:

- ideologisch, weil Identität und Handeln in Widerspruch zueinander geraten: Die realpolitische Zusammenarbeit mit dem Westen und den Nachfolgestaaten der Sowjetunion kollidiert mit einem imperialen Selbstverständnis, das in Russland nach wie vor weit verbreitet ist;
- ökonomisch, weil zahlreiche Strukturprobleme der russländischen Wirtschaft mit dem Problem der imperialen Überdehnung zusammenhängen und somit ihre Wurzeln bereits in vorsowjetischer Zeit haben: Schon die Wirtschaftspolitik der Zarenzeit gab dem aussenpolitischen Grossmachtstatus den Vorrang vor der inneren Modernisierung, die territoriale Expansion machte das Wirtschaftswachstum weitgehend zunichte;

- politisch, weil die Vielzahl der nationalen Minderheiten in Verbindung mit den Eigenheiten des sowjetischen Staatsaufbaus bewirkte, dass Ende der 1980er Jahre das Gewaltmonopol der KPdSU zerfiel, statt dass es integral auf den Staat überging, als dieser sich zu demokratisieren begann: Als Resultat dieser Entwicklung ist der russländische Staat heute nur unzureichend in der Lage, rechtsstaatliche Normen durchzusetzen und stabile Rahmenbedingungen für die Wirtschaft zu garantieren.

Wenn ich mich hier auf die Last des imperialen Erbes in der Russländischen Föderation konzentriere, so behaupte ich keineswegs, ihre heutigen Schwierigkeiten seien allein auf diesen historischen Faktor zurückzuführen. Andere langfristig wirksame Faktoren spielen ebenfalls eine wichtige Rolle, so etwa die Zugehörigkeit Russlands zum byzantinisch-orthodoxen Kulturkreis, in dem sich Herrschaftsauffassung

Russländische Föderation

Fläche

17 075 400 qkm

Einwohnerzahl (2000)

144,8 Mio.

Ethnische Zusammensetzung (1994)

Russen 83%

Tataren 3,8%

Ukrainer 2,3%

Tschuwaschen 1,2%

Baschkiren 0,9%

Bruttoinlandprodukt 2001 in % von 1989

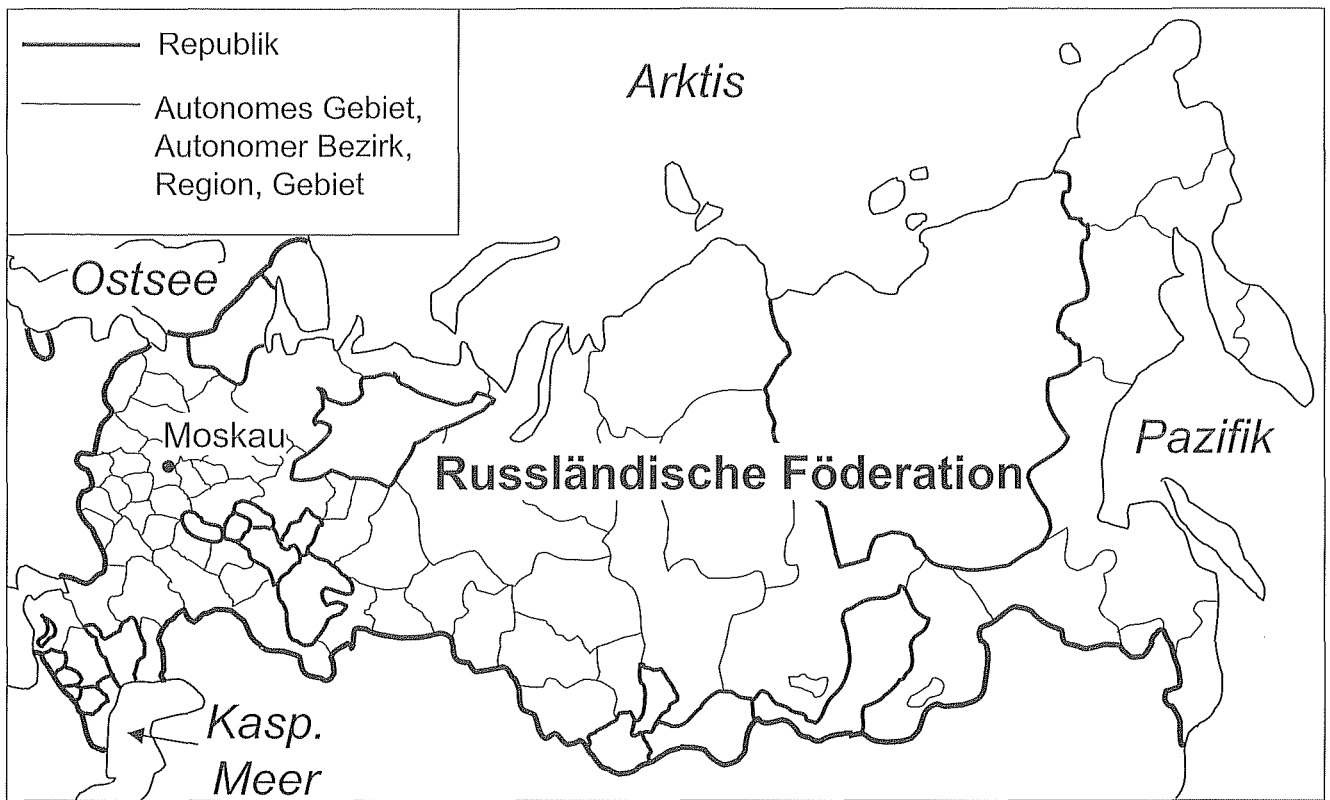
62%

Internet

<http://www.ru/eng/index.html>

<http://www.cdi.org/russia/johnson/>

<http://reenic.utexas.edu/reenic.html>



Die Russländische Föderation mit den verschiedenen Föderationssubjekten

und Wirtschaftsmentalität seit dem Mittelalter anders entwickelten als in Westeuropa. Auch auf die ungünstige erdräumliche Lage sei nur pauschal hingewiesen. Die klimatischen Bedingungen erweisen sich in einem Grossteil des Landes als Problem für die Landwirtschaft, die geringe Zahl von eisfreien Häfen und die riesigen Distanzen für Transporte auf dem Landweg waren dem Handel nie förderlich. Die an sich reichen natürlichen Ressourcen liegen fernab von den Siedlungszentren des europäischen Russland.

Ich behaupte auch nicht, das imperiale Erbe stelle eine unüberwindbare Last der Vergangenheit dar. Die Geschichte ist offen. Sie lässt den politischen Akteuren kurzfristig die Wahl zwischen verschiedenen Handlungsoptionen und bietet Spielraum für langfristige Veränderungen. Gerade die jüngste Vergangenheit Russlands und die Selbstbefreiung der Russen von einem grossen Teil ihres früheren Imperiums zeigt dies. Allerdings legt die jüngste Vergangenheit Russlands auch nahe, dass der Handlungsspielraum in der Gegenwart nicht beliebig ist.

Eine letzte Vorbemerkung betrifft die Wortwahl «russländisch» (russ. *rossijskij*) und «russisch» (russ. *rususkij*). Dieser Unterscheidung kommt gerade im Zusammenhang mit dem imperialen Erbe Russlands Bedeutung zu. «Russisch» bezieht sich auf die ethnischen Russen, auf das russische Sprachvolk, «russländisch» hingegen auf den Staat Russland, auf alle seine Staatsbürger, die ethnisch beispielsweise Kalmyken, Burjäten oder Tataren sein können. Es gibt im heutigen Russland mehr als einhundert nationale Minderheiten, die zusammen etwa einen Sechstel der Bevölkerung ausmachen. Der Begriff «russländisch», der auch in der offiziellen Staatsbezeichnung «Russländische Föderation» vorkommt, anerkennt diese Bürger Russlands, die keine ethnischen Russen sind.

Der Stand der politischen und ökonomischen Transformation in Russland

Das Problem des Massstabs

Die Rede von Transformation statt Wandel impliziert, welchen Beurteilungsmassstab ich an die russländische Entwicklung der letzten Jahre anlegen werde. Wandel findet jederzeit und überall statt, «Erfolg» und «Misserfolg» sind keine sinnvollen Kategorien zu seiner Bewertung. Transformation hingegen bezeichnet einen zielgerichteten und zeitlich begrenzten Prozess der Einführung eines demokratischen politischen Systems. Im Falle der ehemals sozialistischen Staaten Osteuropas kommt die Einführung der Marktwirtschaft hinzu. Dieser Prozess kann gelingen oder scheitern.

Politologen, Juristen, Ökonomen und Historiker entwickelten in den letzten zehn Jahren eine ganze Reihe von Theo-

rien, um den Transformationsprozess zu analysieren und ihn aktiv zu gestalten. Westliche Wissenschaftler berieten die ehemaligen Ostblockstaaten bei der Einführung von Demokratie und Marktwirtschaft. Westliche Regierungen und Institutionen wie die Weltbank machten Kredite an osteuropäische Staaten davon abhängig, dass diese bestimmte wirtschaftspolitische Massnahmen ergriffen. In den Aufnahmekriterien der Europäischen Union widerspiegelt sich deren Verständnis von Demokratie und Marktwirtschaft. Die Transformationstheorie ist somit nicht allein ein Analyseinstrument. Sie ist ebenso sehr eine normative Vorgabe, die von aussen an die osteuropäischen Staaten und Russland herangetragen wird.

Gleichwohl halte ich mein Vorgehen, diesen Massstab anzuwenden, für gerechtfertigt, denn erstens macht der Vergleich mit idealtypischen Modellen von Demokratie und Marktwirtschaft die Charakteristika des heutigen Russland sichtbar. Gemessen an diesen idealtypischen Kriterien weisen alle existierenden Staaten Defizite auf. Westliche Selbstgerechtigkeit ist also fehl am Platz. Zweitens wurde die Errichtung eines demokratischen Rechtsstaates in der russländischen Souveränitätserklärung von 1990 als Ziel formuliert. In Artikel 1 der heute gültigen Verfassung von 1993 definiert sich die Russländische Föderation als demokratischen Rechtsstaat. Es muss zulässig sein, die politische Realität Russlands an seiner verfassungsmässigen Selbstdefinition zu messen.

Politische Transformation

Demokratisierung ist ein Prozess, der auf verschiedenen Ebenen abläuft und dabei unterschiedliche Dauer in Anspruch nimmt. Die Verabschiedung einer demokratischen Verfassung und eines entsprechenden Wahlrechts kann in vergleichsweise kurzer Zeit erfolgen.

In der Tat ist es so, dass Russland seit Ende 1993 erstmals in seiner Geschichte eine Verfassung besitzt, die sich nach einhelligem Urteil der Spezialisten «eindeutig an den Prinzipien des demokratischen Verfassungsstaates orientiert» (Ellen Bos, in: Systemwechsel. Bd. 2, S. 202 f.). Volkssouveränität, Gewaltenteilung, Föderalismus, Rechtsstaatlichkeit, ideologische Vielfalt und Parteienpluralismus sind in der Verfassung von 1993 ebenso verankert wie die Unverletzlichkeit des Privateigentums, freie Wirtschaftstätigkeit und ökonomischer Wettbewerb. Der ausführliche Grundrechtsteil macht die russländische Verfassung gar zu einer der weltweit modernsten demokratischen Verfassungen.

Zwei Merkmale der russländischen Verfassung möchte ich an dieser Stelle speziell berücksichtigen. Es handelt sich dabei um Besonderheiten, die nicht grundsätzlich in Gegensatz zu einem demokratischen politischen System stehen. Sie stellen allerdings vor dem historischen Hintergrund, wie

die heute gültige Verfassung entstanden ist, ein nicht unwesentliches Problem dar.

1. Der Präsident besitzt ein deutliches Übergewicht über die anderen Zweige der Staatsgewalt. Er kann mit seinem Vetorecht die Gesetzgebung der Duma, der ersten Parlamentskammer, blockieren und durch seine Dekretmacht selber legislativ tätig werden. Sein Einfluss auf die Regierungsbildung und -abberufung ist grösser als derjenige des Parlaments. Die Grenzen seiner Macht sind gleichwohl klar begrenzt. Es handelt sich in Russland denn auch gar nicht um ein Präsidialsystem, wie es die Vereinigten Staaten besitzen, sondern um ein sogenannt semipräsidentielles Regierungssystem. Das heisst, es gibt wie in Frankreich neben dem Präsidenten, der vom Volk gewählt wird, einen Premierminister, den die parlamentarische Mehrheit wählt.

2. Der Staatsaufbau ist föderalistisch. Wenn man Tschetschenien mitzählt, besteht Russland aus 89 Regionen. Unter diesen sogenannten Föderationssubjekten lassen sich gemäss ihrem Rechtsstatus sechs Typen unterscheiden. Problematisch ist, dass die Verfassung in sich selbst widersprüchlich ist, was den Rechtsstatus der einzelnen Typen von Föderationssubjekten und die Kompetenzverteilung zwischen der Föderation und den Subjekten betrifft. Die Situation wird dadurch kompliziert, dass die Föderation unter Präsident Boris Jelzin mit Tatarstan und anderen widerspenstigen Regionen bilaterale Verträge schloss, deren Inhalte zugunsten der jeweiligen Region von der Verfassung abweichen. Der neue Präsident Wladimir Putin setzte hingegen eine Reihe von Massnahmen durch, die die administrativen Zugriffsmöglichkeiten der Zentralregierung auf die Regionen erweitern und auf eine Rezentralisierung im Rahmen der geltenden Verfassung zielen, unter anderem die Schaffung von sieben Föderationskreisen mit einem Präsidentenvertreter an der Spitze sowie eine Reform der Zusammensetzung der zweiten Parlamentskammer, des Föderationsrates.

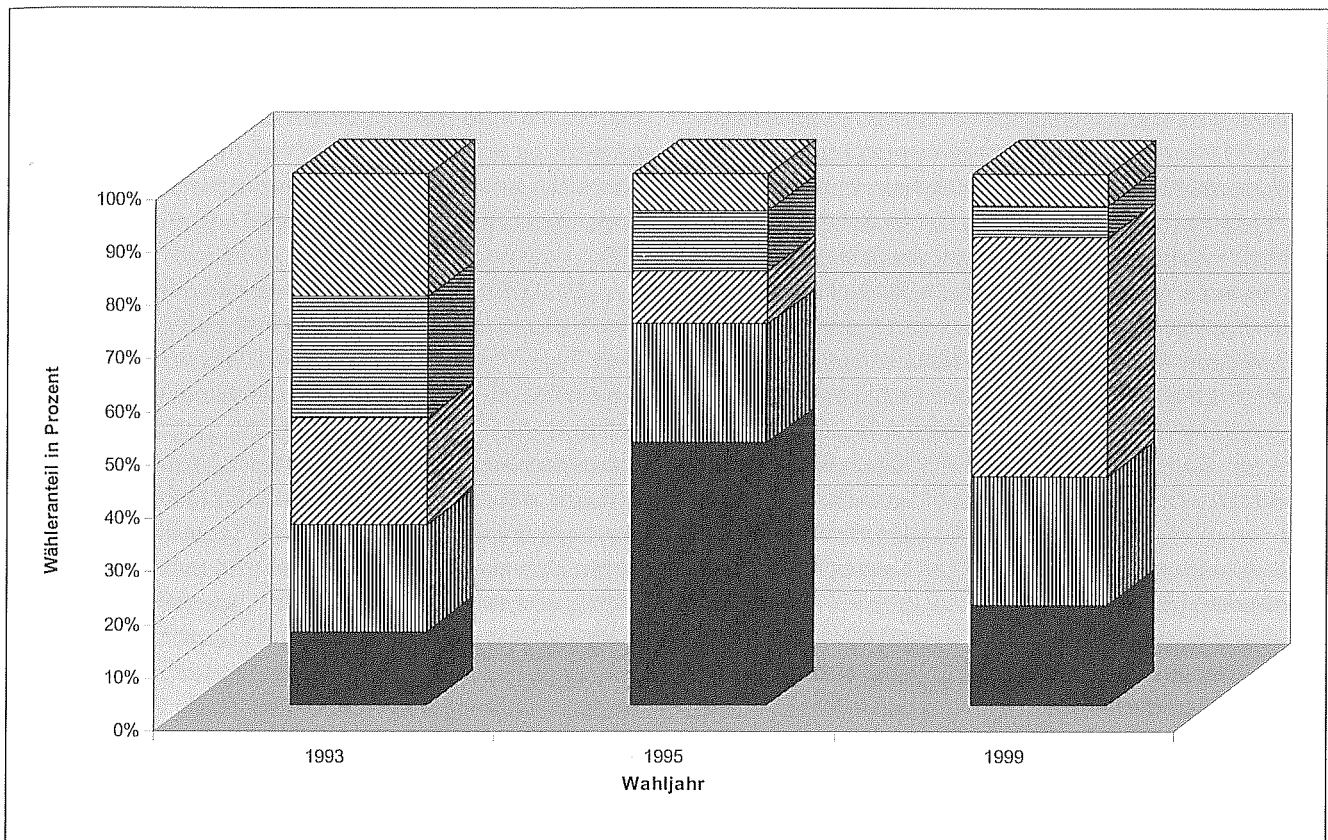
Seit 1991 fanden je drei Mal Parlaments- und Präsidentschaftswahlen statt. Die Resultate dieser Wahlen wurden von den Verlierern anerkannt, sie erfüllten trotz gewissen Vorbehalten insgesamt die Ansprüche an allgemeine, gleiche, freie und geheime Wahlen. Auf regionaler und lokaler Ebene hingegen wurden die Wahlen zum Teil jahrelang verschleppt, Manipulationsvorwürfe sind hier regional zu differenzieren.

Freie Wahlen und eine demokratische Verfassung sind zwar notwendige Voraussetzungen, aber keinesfalls Garantien für eine stabile Demokratie. Es braucht nicht nur Spielregeln, sondern auch Spieler. Die Wähler müssen nicht nur die Auswahl zwischen mehreren Parteien haben, sondern auch wissen, welche Partei diejenigen Interessen vertritt, die sie als Besitzer eines Betriebes oder als Angestellte, als Computer-






fachleute in einer prosperierenden Metropole oder als Bauern in einer strukturschwachen Landregion, als Rentner oder als 25-Jährige haben. Mit anderen Worten: In einer stabilen Demokratie gibt es ein über längere Zeit gewachsenes Parteiensystem, in dem bestimmten Interessengruppen und Bevölkerungsschichten mehr oder weniger zuverlässig eine bestimmte Partei zugeordnet werden kann.

Dies ist in Russland noch nicht der Fall. Zwei deutsche Politologinnen beschrieben den Zustand des russländischen Parteiensystems treffend als «Zu viele Parteien – zu wenig System» (Ellen Bos und Silvia von Steinsdorff, in: Systemwechsel, Bd. 3, S. 101–141). Tatsächlich gibt es in Russland in jedem Teil des politischen Spektrums unzählige Konkurrenzparteien, die einem ständigen Prozess von Neugründung, Fusion und Spaltung unterliegen. Ihre Mitgliederzahlen sind gering, die regionale Verankerung schwach. Diese Parteien gruppieren sich weniger um ein Programm als um die Person des Parteiführers. Wladimir Schirinowskis Liberal-Demokratische Partei ist das prominenteste Beispiel für diese Beobachtung. Die einzige im westlichen Sinne moderne Programm- partei ist paradoxerweise die Erbin der ehemaligen Staats- partei, die Kommunistische Partei der Russländischen Föderation, die auch mit Abstand über die breiteste Basis und die beste regionale Verankerung verfügt.

Die Resultate der Dumawahlen von 1993, 1995 und 1999 (vgl. Grafik und Tabelle) bestätigen die Schwächen des russländischen Parteiensystems. Auffallend ist zunächst, dass sich die politische Mitte in jedem Wahlgang neu formierte. Eine Kontinuität fehlt. Drei Parteien, die erst wenige Monate vor der Wahl gegründet wurden, erzielten 1999 zusammen 45 Prozent der Listenstimmen. Das ist selbstverständlich alles andere als ein Zeichen für ein stabiles Parteiensystem. In den drei übrigen Lagern, deren politisches Programm sich deutlicher abzeichnet als dasjenige der Zentristen, konnte bereits 1995 nur noch je eine Partei die 5-Prozent-Hürde überspringen. Bei der Kommunistischen Partei der Russländischen Föderation, der nationalistisch ausgerichteten Liberal-Demokratischen Partei Schirinowskis und bei der Partei Jabloko, die die Bezeichnung liberal-demokratisch eher verdienen würde, handelte es sich zudem um Parteien, die bereits 1993 in der Staatsduma vertreten waren. In diesen drei ideologischen Lagern scheinen die Konkurrenzparteien auf Dauer zur ausserparlamentarischen Bedeutungslosigkeit verurteilt, während sich die bisher erfolgreichen Parteien fest etablieren können. Der Effekt, eine allzu starke Zersplitterung des Parlamentes zu verhindern, auf den die 5-Prozent-Klausel abzielt, trat somit tatsächlich ein. Kurzfristig allerdings zu einem hohen Preis: In der Legislaturperiode von 1995 bis 1999 waren 49,5 Prozent der Wählerstimmen nicht in der Staatsdu-



Parteilisten in den Staatsdumawahlen 1993–1999 (Wähleranteil in Prozent)

	1993	1995	1999
 Kommunisten	20,4	22,3	24,3
Kommunistische Partei der Russländischen Föderation (Sjuganow)	12,4	22,3	24,3
Agrarpartei Russlands	–	–	–
 Zentristen	20,3	10,1	45,1
Einheit (Putin, Schoigu)	–	–	23,3
Vaterland - Ganz Russland (Luschkow, Primakow)	–	–	13,3
Union rechter Kräfte (Kirienko)	–	–	8,5
Unser Haus Russland (Tschernomyrdin)	–	10,1	–
Frauen Russlands	8,1	–	–
Partei der russischen Einheit und Eintracht	6,7	–	–
Demokratische Partei Russlands	5,5	–	–
 Nationalpatrioten	22,9	11,2	6
Liberal-Demokratische Partei Russlands (Schirinowski)	22,9	11,2	6
 Demokraten	23,4	6,9	5,9
Jabloko (Jawlinski)	7,9	6,9	5,9
Wahl Russlands (Gajdar)	15,5	–	–
 nicht in der Duma repräsentiert	14	49,5	19
angetretene/vertretene Parteilisten	13/8	43/4	26/6

ma vertreten, weil sie für Splitterparteien abgegeben wurden. Die russländischen Wähler und Parteiführer scheinen diese schmerzhaft Lektion begriffen zu haben: In den Wahlen von 1999 nahm die Zahl der antretenden Parteien wieder deutlich ab und 81 Prozent der Wähler konzentrierten ihre Stimmkraft auf die sechs Parteien mit realen Erfolgsaussichten.

Wenn von einem gefestigten Parteiensystem in Russland heute nicht die Rede sein kann, so zeichnet sich doch eine Tendenz in die richtige Richtung ab. Positiv könnte sich in dieser Hinsicht auswirken, dass seit den Dumawahlen von 1999 und der Wahl Putins der Präsident erstmals in der Geschichte des demokratischen Russland eine stabile Parlamentsmehrheit hinter sich hat. Wenn die Tagespolitik nicht mehr vom Dauerkonflikt zwischen Präsident und Parlament um Kompetenzen überlagert wird, bietet sich die Chance, dass die in der Duma vertretenen Parteien in der sachpolitischen Auseinandersetzung mit der Zeit klarere programmatische Profile entwickeln.

Damit komme ich zu einer weiteren Ebene des Demokratisierungsprozesses. Es braucht in einer stabilen Demokratie nicht nur die Spielregeln der Verfassung und Parteien als Spieler, die die Interessen der Bürger bündeln und wirksam vertreten. Darüber hinaus müssen sich alle wichtigen Mitspieler dauerhaft an die Spielregeln halten, selbst wenn deren Bruch einen kurzfristigen Vorteil verspricht. Die Akzeptanz demokratischer Institutionen steigt, wenn sie über längere Zeit zur Austragung von Interessenkonflikten gebraucht werden und sich dabei bewähren. Wie verhielten sich die Eliten Russlands in den letzten Jahren? Bewegten sie sich innerhalb des Rahmens der Verfassung?

Das Urteil muss noch zwiespältiger ausfallen als auf den bisher erwähnten Ebenen. Zunächst ist zu bemerken, dass das semipräsidentielle Regierungssystem nur schwache Barrieren gegen autoritäre Entgleisungen der Akteure errichtet. Dazu ein Beispiel: Jelzin verfolgte mit seinem überraschenden Rücktritt Ende 1999 ein doppeltes Kalkül, das nicht von einem entwickelten Demokratieverständnis zeugt. Erstens verschaffte er Putin einen deutlichen Wahlvorteil, da dieser als amtierender Präsident ins Rennen steigen konnte. Zweitens stärkte der Coup Jelzins die präsidentialen Elemente des russländischen Regierungssystems: Putin besass zum Zeitpunkt seines faktischen Amtsantrittes keine politischen Gegengewichte. Die neue Duma war zwar gewählt, aber noch nicht zur konstituierenden Sitzung zusammengetreten. Während fünf Monaten entfiel die Konkurrenz zwischen Präsident und Premierminister innerhalb der Exekutive. Aber Jelzin und seine Berater hielten den Buchstaben der Verfassung ein, ja sie nutzten die vorgesehenen Prozeduren maximal aus, um ihre eigenen Interessen durchzusetzen.

Bereits 1993 hatte Jelzin als Sieger der gewaltsamen Auseinandersetzung mit dem Volksdeputiertenkongress der Versuchung nicht widerstehen können, in einer de facto unabänderbaren Verfassung Partikularinteressen festzuschreiben, nämlich ein klares Übergewicht des Präsidenten im politischen System Russlands und eine Schlechterstellung der Föderationssubjekte gegenüber dem Föderationsvertrag von 1992.

Ein Beispiel aus jüngerer Zeit ist das verschärfte Vorgehen gegen Korruption und Steuerhinterziehung unter Präsident Putin. Problematisch ist dabei, dass sich die Offensive der Justiz nicht gleichermaßen gegen alle sogenannten Oligarchen richtet, sondern in erster Linie gegen die Besitzer oppositioneller Medien. So berechtigt die Vorwürfe im einzelnen sein mögen, die Einschränkung der Medienvielfalt über den Umweg der Steuerfahndung und das selektive Vorgehen gegen diejenigen Finanzmagnaten, die Putins Weg an die Macht nicht unterstützten, hinterlässt einen schalen Nachgeschmack.

Noch bedenklicher ist die Tatsache, dass sich politische Entscheidungsprozesse nach 1993 von den verfassungsmässigen Institutionen in Gremien verlagerten, die unter dem Einfluss des Präsidenten stehen und sich einer demokratischen Kontrolle entziehen. Beispiele sind der Sicherheitsrat, der Präsidentschaftsrat, der Viererrat, der Rat für Aussenpolitik und schliesslich die «Familie», eine kleine Gruppe von Angehörigen der Präsidentschaftsadministration um die Tochter Jelzins. Die beiden Tschetschenienkriege stellen den Tiefpunkt dar, was demokratische Verhaltensmuster der Eliten und demokratische Werte in der Bevölkerung angeht. Nach der ersten militärischen Invasion, die im Sicherheitsrat beschlossen und auf der Grundlage eines Präsidentendekrets durchgeführt wurde, riefen immerhin noch einige Angehörige des Föderationsrates das Verfassungsgericht an. Dieses schützte aber in einem fragwürdigen Entscheid das Vorgehen der Exekutive. Widerstand gegen den zweiten Angriff auf Tschetschenien war hingegen kaum noch auszumachen. Vielmehr konnte eine siegreiche Wahlkampagne auf der Bombardierung der eigenen Zivilbevölkerung aufbauen. Denn dass Tschetschenien russländische Bürger sind, folgt ja aus dem Anspruch, dass Tschetschenien ein Teil Russlands sei.

Die russländische Demokratie begann mit einer Cohabitation, einer Konstellation, die in Frankreichs V. Republik erst nach drei Jahrzehnten auftrat und auch dann noch schwierig zu bewältigen war. Die Tatsache, dass Jelzin einerseits als Präsident ein verfassungsmässiges Übergewicht über die übrigen Zweige der Staatsgewalt besass, andererseits nie über eine verlässliche Dumamehrheit verfügte, überschattete die ersten Jahre der russländischen Demokratie. Der Konflikt

um die Machtverteilung überlagerte die sachbezogene Auseinandersetzung. Wichtige Reformgesetze wurden nur schleppend behandelt, um dem Präsidenten zu schaden, während dieser mit seinem Veto die Legislative blockierte. Die Abgeordneten setzten ihre Glaubwürdigkeit aufs Spiel, indem sie immer wieder verfassungswidrige Vorlagen verabschiedeten. Der Versuch, im Mai 1999 ein Impeachment-Verfahren gegen Jelzin einzuleiten, kam einem Missbrauch dieses Instruments gleich, das die Verfassung nur im Falle von Hochverrat oder eines anderen schweren Verbrechens des Präsidenten vorsieht.

Semipräsidentielle Regierungssysteme wie das russländische weisen die politische Verantwortung für Erfolge und Misserfolge nicht klar zu. Dies förderte in Russland ein traditionelles Elitenverhalten, für das sich die treffende Bezeichnung «kollektive Verantwortungslosigkeit» eingebürgert hat. Obwohl Präsident, Regierung und Parlament in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre faktisch in vielen Bereichen kooperierten, beschuldigten sie einander gegenseitig lautstark der Obstruktion und schoben damit die Verantwortung für das Scheitern der Transformationspolitik ab, ohne selber Ziele zu formulieren und Wege zu ihrer Erreichung aufzuzeigen. Den Wählern blieb in einem semipräsidentiellen Regierungssystem unklar, wen sie hätten abwählen müssen, um eine Veränderung zu bewirken. Die ökonomischen und sozialen Missstände schwächten daher die Legitimität des demokratischen politischen Systems insgesamt. Allerdings – und das gibt Anlass zu Optimismus – blieb bei aller Ernüchterung über den Verlauf der Transformation und das neue politische System die grundsätzliche Zustimmung zu demokratischen Werten in Meinungsumfragen erstaunlich konstant.

Die gegenseitige Blockade der politischen Eliten im Zentrum ist ein wichtiger Grund dafür, dass sich der russländische Staat in den ersten zehn Jahren nach dem Untergang der Sowjetunion als unfähig erwies, effizient Reformgesetze zu verabschieden und eine widerspruchsfreie Rechtsordnung zu schaffen. Die Rechtsunsicherheit ist gross, weil nach wie vor zahlreiche Gesetzeslücken bestehen, weil sich Verfassung, Präsidialdekrete und Gesetze oft widersprechen und weil der Staat auch dann zu schwach ist, die Durchsetzung von Normen zu garantieren, wenn die Rechtslage eindeutig wäre. Dieser Mangel an Rechtsstaatlichkeit wird dadurch verschärft, dass in einigen Föderationssubjekten regionale Diktaturen entstanden sind, denen das Föderationszentrum lange machtlos gegenüberstand. In zahlreichen anderen Regionen wurde die Rechtsordnung ohne Rücksicht auf das übergeordnete Recht fortgebildet, sei es aus einem falschen Föderalismusverständnis heraus, sei es, dass die entsprechende Materie im Zentrum solange ungeregelt blieb, bis die Region

nicht länger auf das Bundesgesetz zu warten bereit war. Je nach Schätzung verstossen zwischen einem Fünftel und der Hälfte aller regionalen Rechtsakte gegen übergeordnetes Recht. In absoluten Zahlen sind dies bis zu 16 000 normative Akte in einem Zeitraum von zwei Jahren.

Wenn der neue Präsident Putin öffentlich bekanntgibt, er wolle eine «Diktatur des Gesetzes» errichten, legt er den Finger auf ein zentrales Problem des heutigen Russland. Solange kein einheitlicher Rechtsraum existiert, kann Russland kein demokratischer Rechtsstaat werden. Föderalismus bedeutet nicht Anarchie. Auch in einem föderalistischen Staat gewährleistet die Hierarchie der Rechtsnormen Rechtssicherheit. Die zentralen Instanzen einer demokratischen Föderation dürfen Wahlmanipulationen oder gar Menschenrechtsverletzungen durch regionale Machthaber nicht tolerieren. Die Reform der föderalen Strukturen, die unter Putin in Angriff genommen wurde, zielt jedoch weniger auf einen funktionsfähigen Föderalismus als auf eine Rezentralisierung und die Entmachtung der gewählten Amtsträger in und aus den Regionen. Immerhin nützte Putin die Tatsache, dass er über eine klare parlamentarische Mehrheit verfügt, um eine Steuerreform durchzuführen und eine Reihe verschleppter marktwirtschaftlicher Reformgesetze zügig zu verabschieden. Für ein abschliessendes Urteil über Putins Verständnis von Demokratie ist es noch zu früh. Zahlreiche Hinweise deuten jedoch darauf hin, dass seine «Diktatur des Gesetzes» in eine Modernisierungsdiktatur münden könnte. Die Duma hat jedenfalls ihre Rolle als parlamentarisches Gegengewicht zum Präsidenten im Laufe des letzten Jahres verloren, die Medienvielfalt wurde reduziert.

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass in Russland heute die Institutionen eines demokratischen politischen Systems formal existieren. Allerdings zeigt sich in den letzten zwei Jahren eine gewisse Tendenz zu ihrem Abbau im Zusammenhang mit dem Versuch, den Rechtsstaat zu stärken und den Staat zu rezentralisieren. Als Demokratiedefizit weit gravierender ins Gewicht fällt aber, dass gefestigte Programmparteien, die eine Voraussetzung für das Funktionieren dieser Institutionen sind, noch nicht existieren und dass die politischen Eliten die demokratischen Institutionen häufig umgehen oder missbrauchen.

Ökonomische Transformation

Eine Bilanz der Wirtschaftstransformation muss anders ausfallen. Die Spielregeln einer Marktwirtschaft sind heute nicht einmal formal vollständig etabliert, dafür zeichnet sich gegenwärtig ein positiver Trend ab.

1992 erfolgten die Freigabe der Preise, die Marktöffnung gegenüber dem Ausland und die Privatisierung in Verbindung mit finanzpolitischen Massnahmen zur makroökonomischen

Stabilisierung und zur Sanierung des Staatshaushaltes. Dies geschah zu einem Zeitpunkt, als sich die russländische Wirtschaft nach den missglückten Experimenten der Perestroika, die Stagnation der Planwirtschaft zu überwinden, bereits in einer tiefen Krise befand. Die ökonomische Schocktherapie wurde angesichts der enormen sozialen Kosten bereits nach wenigen Monaten abgebrochen. Seither wurden zwar die Privatisierung abgeschlossen und zahlreiche Einzelmassnahmen getroffen. Grundlegende Mechanismen einer Marktwirtschaft spielen aber nach wie vor nicht: Konkurse unrentabler Betriebe werden nicht vollstreckt, so dass die Privatisierung nicht zu der erwarteten Effizienzsteigerung führt. Es bleibt in der Regel ohne Folgen, wenn ein Betrieb Energielieferungen nicht bezahlt. Eine wichtige Möglichkeit der Kapitalbeschaffung entfällt, solange die Privatisierung des Bodens nicht geregelt ist.

Das zentrale Problem, das die dringend notwendigen langfristigen Investitionen blockiert, ist die Instabilität der Rahmenbedingungen. Der russländische Staat ist weder in der Lage, Eigentumsrechte eindeutig zu definieren und zu schützen, noch widerspruchsfreie Normen zu schaffen und durchzusetzen. In der ersten Hälfte der 1990er Jahre brach die Produktion der russländischen Wirtschaft ein. Die Unsicherheit der Eigentumsrechte führte zu einer Abwanderung des Kapitals aus der Realwirtschaft in kurzfristige Spekulationsgeschäfte sowie ins Ausland. Dies sowie die Massnahmen der Regierung zur Inflationsbekämpfung bewirkten eine Demonetarisierung der russländischen Wirtschaft und eine Ausweitung des Tauschhandels zwischen Betrieben, was wiederum dem Staat Steuern entzog. Der Staat trieb in dieser Phase seinerseits die Demonetarisierung der Wirtschaft voran, weil er Löhne und andere Verbindlichkeiten nicht mehr bezahlen konnte. So verringerte er indirekt seine eigenen Steuereinnahmen und damit seine Handlungsfähigkeit. Zusätzlich schufen die exorbitanten Steuersätze angesichts des staatlichen Autoritätszerfalls einen hohen Anreiz zur Steuerumgehung. Der Staat musste sein Budgetdefizit über kurzfristige Anleihen zu hohen Zinsen finanzieren. So förderte er kurzfristige Spekulationen auf Kosten der Realwirtschaft, die den oben gezeichneten Teufelskreis von Demonetarisierung, Produktionseinbruch und Budgetdefizit verstärkten.

Die Krise im Herbst 1998 vernichtete zwar hohe Kapitalsummen, sie durchbrach aber auch den erwähnten Teufelskreis. Seither gehen vermehrt Investitionen in die Realwirtschaft. Putins angestrebte «Diktatur des Gesetzes» und die jüngst verabschiedete Steuerreform dürften zu einer Verbesserung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen führen und das Wachstum der russländischen Wirtschaft auf eine stabilere Basis stellen. Von der Tatsache, dass die volkswirtschaft-

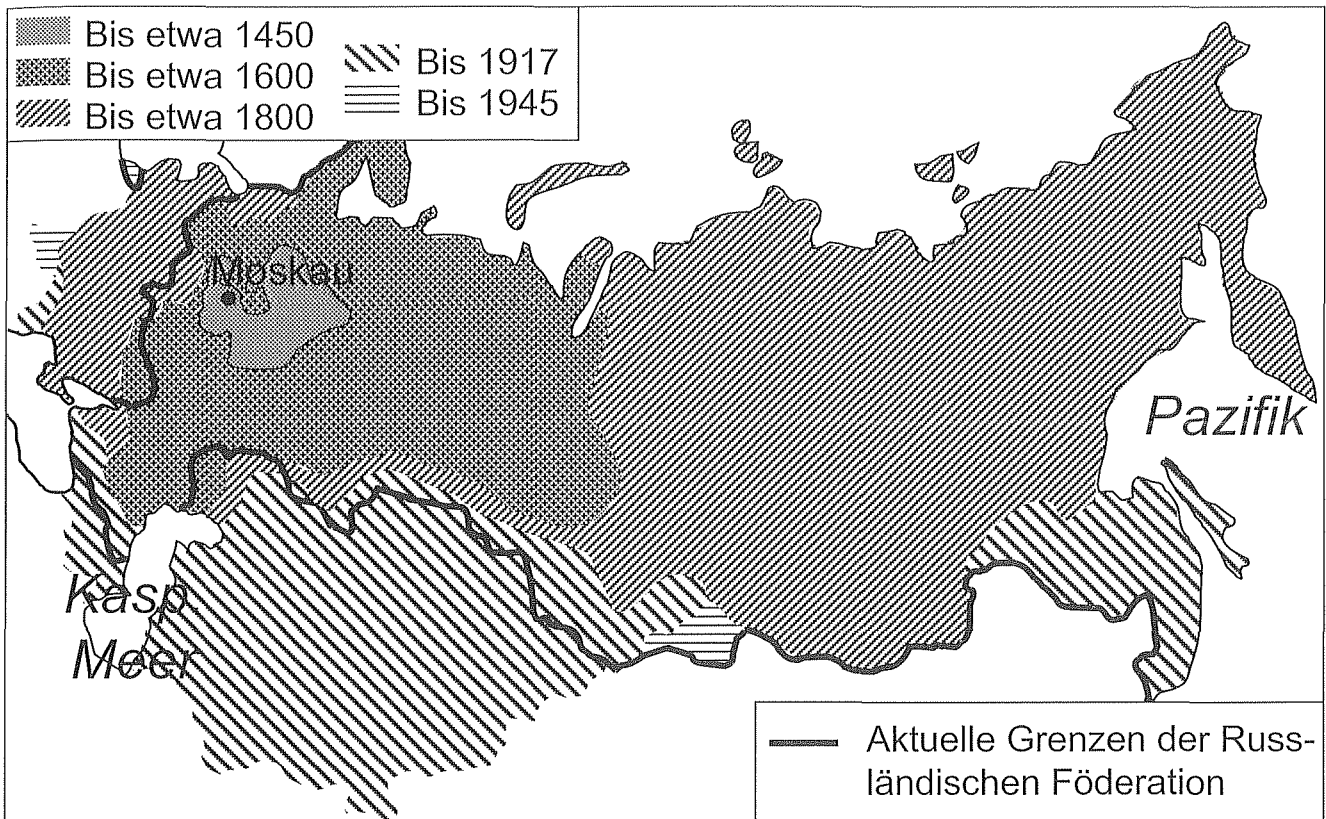
lichen Indikatoren in den zwei letzten Jahren einen positiven Trend zeigen, sollte man sich jedoch nicht blenden lassen. Zum einen sind diese Wachstumsraten stark von der Höhe des Erdölpreises auf dem Weltmarkt abhängig. Zum anderen liegt die absolute Leistung der russländischen Wirtschaft noch immer weit unter dem Niveau von 1990 (ungefähr bei zwei Dritteln). Im internationalen Pro-Kopf-Vergleich steht Russland heute neben Namibia. Dem Kommentar des Autors der Studie, aus der diese Information stammt, ist nichts hinzuzufügen: «Wenn dies das Ende der Transformation sein sollte, läge es in der Tat nahe zu fragen, ob sie der Mühe wert war.» (Klaus Müller, «Countries in Transition», in: Osteuropa 51(2001), H. 10, S. 1155).

Das imperiale Erbe

Welche Zusammenhänge bestehen nun zwischen dem gegenwärtigen Stand der Transformation und dem imperialen Erbe in der Russländischen Föderation? Einleitend formuliere ich die These, dass dieses imperiale Erbe in dreifacher Hinsicht eine Last für den Transformationsprozess darstellt. Damit meine ich, dass es die rasche Einführung von Demokratie und Marktwirtschaft wenn nicht ver-, so doch behindert.

Ein Staat in ständiger Ausdehnung

Ausgehend von einem Kerngebiet um Moskau befand sich das Zarenreich vom 15. Jahrhundert bis zum Ersten Weltkrieg in ständiger Expansion. Diese erfolgte im 16. und 17. Jahrhundert vor allem nach Osten über den Ural hinaus nach Sibirien und an die Pazifikküste, im 18. und 19. Jahrhundert nach Westen und Süden, nach Osteuropa, in den Kaukasus und nach Zentralasien. Auf diese Weise wurde Russland zu einem Vielvölkerreich, in dem die ethnischen Russen Ende des 19. Jahrhunderts nur noch etwa 43 Prozent der Bevölkerung ausmachten. In den Wirren der Revolutionen von 1917 und des Ersten Weltkrieges sagten sich Polen, Finnland und die baltischen Staaten erfolgreich von (Sowjet-)Russland los, während den nationalen Unabhängigkeitsbewegungen in den übrigen Teilen des ehemaligen Zarenreiches kein dauerhafter Erfolg beschieden war. Im Zuge des Zweiten Weltkrieges gelang es der Sowjetunion, ihre Staatsgrenzen erneut nach Westen zu verschieben, das Territorium des Zarenreiches weitgehend wiederzugewinnen und zusätzlich einen Gürtel von osteuropäischen Satellitenstaaten in seinen Machtbereich einzugliedern. Die Sowjetunion war das flächenmässig grösste Land der Erde. Auch sie war ein Vielvölkerreich. In der letzten sowjetischen Volkszählung von 1989 betrug der Anteil der ethnischen Russen an der Gesamtbevölkerung 51 Prozent.



Die territoriale Expansion Russlands und der Sowjetunion vom 15. bis 20. Jahrhundert

Der unbewältigte Verlust des Imperiums

Die Russländische Föderation in ihren heutigen Grenzen ist auf das historische Territorium des 17. Jahrhunderts zusammengeschumpft. Dennoch ist Russland auch heute kein russischer Nationalstaat. Der Minderheitenanteil beträgt weiterhin ungefähr einen Sechstel. Historisch nie dagewesen ist hingegen die Tatsache, dass seit dem Zusammenbruch der Sowjetunion ungefähr 25 Millionen ethnische Russen ausserhalb der Staatsgrenzen Russlands leben.

Während die osteuropäischen Satelliten und die sowjetischen Unionsrepubliken im Umbruch von 1989/1991 ihre Unabhängigkeit gewannen, blieb die Russländische Föderation zurück, verlassen und als eine in ihrem Stolz verletzte Supermacht. Dies bezeugt die ausserordentlich intensive Identitätsdebatte, die seither in der Publizistik geführt wird. Dass 1996 der damalige Präsident Jelzin eine nationale Idee für Russland per Preisausschreiben suchen liess, stellt den kuriosen Höhepunkt dieser Debatte dar, zeigt aber vor allem das Ausmass der Krise.

Ein grundlegender Mechanismus der Identitätsbildung ist die Abgrenzung von einem Anderen. In Russland ist dieses Andere nicht ein Nachbarvolk oder -staat, sondern traditionellerweise «Europa» oder der «Westen». Im Laufe der 1990er Jahre bildete sich der sogenannte «patriotische Konsens» darüber, dass Russland kein westliches Land sei, dass das Gebiet des ehemaligen Russländischen Reiches und der Sowjetunion eine historisch gewachsene, eigenständige Zivilisation darstelle, die sich vom Westen unterscheide. Dieser patriotische Konsens diente als innenpolitische Klammer. Er überwölbte die unterschiedlichen politischen Lager, die sich sonst aufs heftigste bekämpften. Er bildete den kleinsten gemeinsamen Nenner, auf den sich Präsident und Dumamehrheit einigen konnten. Schon in seiner rein negativen Formulierung – Russland ist nicht westlich – bildet er ein ideologisches Transformationshindernis, weil Demokratie und Kapitalismus als etwas Westliches wahrgenommen werden. So war beispielsweise in der weitverbreiteten Tageszeitung *Nezavisimaja gazeta* im November 2000 zu lesen:

«Russland ist ein ideologisches Land... die Idee eines besonderen Weges und einer besonderen Vorherbestimmung Russlands hat seine Einheit aufrechterhalten. Und diese Idee wurde niemals mit Pragmatismus und Individualismus vermischt, die die Grundlage der Identität des westlichen Bewusstseins darstellen... Das ist eben die Barriere, die es nie ermöglichen wird, Russland zu einem vollwertigen Mitglied der europäischen Gemeinschaft zu machen, ohne letztendlich seine eigene Identität zu verlieren.»

(Ausgabe vom 1.11.2000, zit. nach Boris Orlov, Das Problem

des «Grossmachtdenkens» in der russischen Geschichte, in: Osteuropa 51(2001), H. 6, S. 666).

Über die positive Formulierung dessen, was die Identität Russlands ausmache, besteht weniger Einigkeit. Zur Bekräftigung der nicht-westlichen Identität Russlands lassen die einen die Vorstellung von Zivilisationszyklen wiederaufleben und sehen die russländische Zivilisation auf ihren Höhepunkt zuschreiten, während der Westen bereits im Niedergang begriffen sei. Andere berufen sich auf geopolitische Kategorien, suchen nach den «natürlichen Grenzen» Russlands ausserhalb der Russländischen Föderation oder sprechen von Russlands historischer Mission, im Interesse der ganzen Menschheit eine multipolare Weltordnung erhalten und ein Gegengewicht zu den Vereinigten Staaten bilden zu müssen. In unterschiedlichsten Varianten wird die traditionelle Offenheit der Russen gegenüber anderen Völkern gepriesen. Die führende Rolle in einem Vielvölkerreich wird zu einem konstitutiven Bestandteil des russischen Nationalcharakters erklärt. So heisst es im oben zitierten Artikel:

«Russland ist keine Nation, sondern eine ganze Welt. Wenn es seiner transnationalen, kontinentalen Berufung nicht gerecht wird, wird es als Russland untergehen.»
(S. 667)

Einen Monat später schrieb dieselbe Zeitung:

«Russland muss zwangsläufig ein sehr grosses Land sein, in dem verschiedene Völker friedlich miteinander leben – westliche und östliche... Russland muss im Interesse der ganzen Menschheit so sein. Jedweder Versuch, es etwas anderem anzugleichen, es zu zwingen, nach fremden Rezepten zu leben, ungeachtet dessen, ob dies westliche oder östliche sind, oder, anders gesagt, jedweder Versuch, Russland als solches abzuschaffen, ist ein Schritt hin... zu einer Weltkatastrophe.»
(Ausgabe vom 14.12.2000, zit. nach Boris Orlov, S. 669)

Was über alle Unterschiede im Detail hinweg konstant bleibt, ist die Betonung der Andersartigkeit Russlands gegenüber dem Westen, seine Charakterisierung als Vielvölkerreich mit den Russen als staatstragendem Volk und die Behauptung, Russlands Status als Grossmacht sei historisch unausweichlich und diene der Menschheit insgesamt.

Die russländische Realpolitik gegenüber dem Westen und den ehemaligen Sowjetrepubliken war im letzten Jahrzehnt weit rationaler und kompromissbereiter, als es die anti-westliche Rhetorik und der latente Machtanspruch über das

Boris Jelzin auf einem
Panzer während des
August-Putsches im
Jahre 1991

ehemalige Imperium nahelegen. Es trifft zweifellos zu, dass die hier skizzierte Identitätsdebatte einen kompensatorischen Zweck erfüllt. Solange aber der innenpolitische Konsens über die Behauptung gestiftet wird, die Transformationsziele Demokratie und Marktwirtschaft seien als westliche Erscheinungen letztlich unvereinbar mit der Identität Russlands, bleiben entschlossene Schritte in diese Richtung schwierig.

Die Wirtschaft im Dienste des imperialen Staates

Der zweite Aspekt des imperialen Erbes ist der ökonomische. Die Wirtschaft Russlands entwickelte sich über Jahrhunderte nur sehr träge. Damit entsprach sie durchaus dem welthistorischen Normalfall. Sie hielt aber nicht Schritt mit der Entwicklung im benachbarten Westeuropa, als dort der neuzeitliche Kapitalismus seine Wachstumsdynamik zu entfalten begann. Ein Zusammenhang mit dem imperialen Erbe besteht insofern, als in Russland die stetige territoriale Expansion einer Bevölkerungsverdichtung, einer Intensivierung der Wirtschaft und einer Differenzierung der Gesellschaft entgegenwirkte. Die Niederlage im Krimkrieg in der Mitte des 19. Jahrhunderts führte Russland deutlich vor Augen, wie gross der Widerspruch zwischen seinen Grossmachtambitionen und seiner wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit war. Dies löste zwar einen Modernisierungsschub aus. Angesichts des unterentwickelten Bürgertums nahm aber bereits in der Zarenzeit der Staat eine Schlüsselrolle als Träger der Industrialisierung ein. So wurden schon in vorsowjetischer Zeit einseitig die Schwerindustrie und andere rüstungsrelevante Wirtschaftssektoren gefördert, die Transportwege eher nach militärstrategischen als nach ökonomischen Gesichtspunkten ausgebaut. Trotz punktueller Industrialisierung blieb Russland bis zum Ersten Weltkrieg ein Agrarstaat, in dessen Wirtschaft vormoderne Elemente bedeutsam waren.

Die ökonomische Rückständigkeit Russlands, die unter anderem eine Folge der jahrhundertelangen Expansion auf Kosten der inneren Modernisierung war, bewirkte, dass die eigentliche Industrialisierung erst in die Sowjetzeit fiel. Die Defizite der Planwirtschaft gruben sich daher viel tiefer in die Wirtschaftsstruktur ein als etwa in Tschechien, das auf eine vorsowjetische Geschichte der Industrialisierung zurückblicken kann. Die Restrukturierung der russländischen Wirtschaft stellt eine ungleich schwierigere Aufgabe dar als in den Staaten des ehemaligen Ostblocks, zumal in diesen die Periode der Planwirtschaft erst nach dem Zweiten Weltkrieg begann.

In der sowjetischen Wirtschaftsplanung spielten die Landesverteidigung und die Konsolidierung des Imperiums eine mindestens ebenso grosse Rolle wie ökonomische Kriterien. Die Konsumgüterindustrie wurde auf Kosten des Rüstungssektors vernachlässigt, um den aussenpolitischen Status

einer Supermacht zu verteidigen. Im Rahmen einer grossräumigen Arbeitsteilung wurden Wirtschaftszweige stark auf bestimmte Standorte innerhalb der Sowjetunion konzentriert, Rohstoffgewinnung und -verarbeitung räumlich voneinander getrennt. Dahinter stand die Absicht, die gegenseitige wirtschaftliche Abhängigkeit der einzelnen Regionen der Sowjetunion zu stärken und auf diese Weise allfällige Sezessionsbestrebungen von vornherein zu verunmöglichen. Da Transportkosten im Vergleich damit unwichtig waren, befinden sich heute überdimensionierte Grossbetriebe an Standorten, wo sie in einem marktwirtschaftlichen Umfeld nie werden rentabel produzieren können. Diese Betriebe in den 1990er Jahren zu schliessen, war jedoch sozial unverträglich, da durch die hohe Konzentration der sowjetischen Wirtschaft teilweise die Einwohnerschaft ganzer Städte von einem derartigen Grossbetrieb abhing.

Die Planwirtschaft erzielte nicht zu unterschätzende Anfangserfolge. Nimmt man die klassischen makroökonomischen Indikatoren als Massstab, so verringerte sich der Entwicklungsrückstand der Sowjetunion gegenüber den führenden Wirtschaftsnationen bis in die 1970er Jahre. Dann jedoch führte die Fehlallokation der Ressourcen, die weniger von ökonomischer Rationalität als von einer militärisch-aussenpolitischen und von einer imperialen Logik geprägt war, die sowjetische Wirtschaft in eine tiefe Stagnation. Diese zu überwinden, um nicht den Anschluss an die führenden Wirtschaftsnationen zu verlieren und den Status als Supermacht zu gefährden, war der eigentliche Auslöser der Perestroika. Deren Resultat war jedoch nicht eine Effizienzsteigerung des Sozialismus, sondern letztlich der Zusammenbruch der Sowjetunion.

Die Russländische Föderation erbte nicht nur eine in hohem Masse verzerrte Wirtschaftsstruktur mit einer Vielzahl unrentabler Betriebe, wobei diese Strukturdefizite teilweise bereits in die vorsowjetische Periode zurückreichen. Das Ende der Sowjetunion zerriss auch einen einheitlichen Wirtschaftsraum. Die Tatsache, dass heute in manchen Fällen Staatsgrenzen zwischen den bisherigen Energie- und Rohstofflieferanten, den Produzenten und ihren Absatzmärkten liegen, stellt für die ökonomische Transformation ein zusätzliches Hindernis dar.

Sowjetföderalismus und Staatszerfall

Am unmittelbarsten zeigt sich die Wirkung des imperialen Erbes auf den Transformationsprozess im Zusammenhang von Nationalitätenfrage und Rechtsunsicherheit, im destruktiven Einfluss des Sowjetföderalismus auf die Entwicklung Russlands zum Rechtsstaat in den letzten Jahren.

Die Wurzeln des Problems reichen auch in dieser Hinsicht weit zurück. Das Zarenreich verstand sich als einen unteilbaren Einheitsstaat. Seine Nationalitätenpolitik schwankte zwischen Repression und Duldung. Im Zuge von Erstem Weltkrieg, Revolution und Bürgerkrieg spalteten sich daher die nicht-russischen Nationalitäten an der Peripherie des Reiches zunächst ab. Den Bolschewiki gelang es bis zu Beginn der 1920er Jahre, Ukrainer, Georgier, Armenier, Azeri und die Turkvölker Zentralasiens wieder in einen gemeinsamen Staatsverband zurückzuholen. Dabei spielte nicht nur militärische Gewalt eine Rolle, sondern auch das Versprechen nationaler Selbstbestimmung und die Aussicht auf einen föderalistischen Staatsaufbau der Sowjetunion. Tatsächlich hob sich die Nationalitätenpolitik der Bolschewiki in den Jahren nach der Revolution von der zarischen positiv ab. Die Förderung der nicht-russischen Sprachen, des Bildungswesens und die Besetzung der Parteiämter mit lokalen Funktionären hatten einen integrativen Effekt. Die Sowjetunion wurde formal als freiwillige Föderation unabhängiger nationaler Republiken gegründet, denen die sowjetische Verfassung theoretisch sogar ein Austrittsrecht zugestand.

Die Unionsrepubliken besaßen vollständig funktionsfähige Staatsorgane, einen Obersten Sowjet, eine Regierung, Ministerien sowie eine nationale Kommunistische Parteiorganisation und eine Akademie der Wissenschaften. Die RSFSR, das Gebiet der heutigen Russländischen Föderation, nahm im System des Sowjetföderalismus eine doppelte Sonderstellung ein. Zum einen war ihre Staatlichkeit im Vergleich mit den anderen Unionsrepubliken unterentwickelt, es gab beispielsweise kein russländisches Innenministerium, kein russländisches KGB und auch keine eigenständige russländische Kommunistische Partei. Die russisch dominierten Institutionen des sowjetischen Gesamtstaates erfüllten ihre Aufgaben zugleich in Russland – der Staatsaufbau widerspiegelt in dieser Hinsicht das Selbstverständnis der Russen als staatstragendes Volk in einem Vielvölkerreich. Zum anderen war die russländische Republik auf dem Papier selbst eine Föderation, die sich aus über 80 Einheiten zusammensetzte. Diese wurden zum Teil nach nationalen, zum Teil nach administrativen Kriterien gebildet. Je nach Grösse und ethnischer Zusammensetzung besaßen sie unterschiedlichen Rechtsstatus und mehr oder weniger Attribute der Staatlichkeit.

Das komplizierte System des Sowjetföderalismus spielte solange keine Rolle, als die zentralistische Struktur der Kommunistischen Partei die Staatsstrukturen überdeckte. Als aber Michail Gorbatschow während der Perestroika den zögerlichen Versuch machte, seine Machtbasis von den Partei- auf die Staatsstrukturen zu verlagern und einen sozialistischen Rechtsstaat aufzubauen, entfaltete der Sowjetfödera-

lismus plötzlich seine Wirkung. Demokratisierung war für die Sowjetführung um Gorbatschow kein Ziel an sich, sondern ein Mittel zum Zweck der ökonomischen Sanierung. Gorbatschow handelte nicht aktiv, sondern reaktiv und machte unter dem Druck der gesellschaftlichen Partizipationsforderungen immer grössere Zugeständnisse. Das hatte unter anderem zur Folge, dass 1990 die Parlamente der einzelnen Sowjetrepubliken nach einem freieren Wahlrecht gewählt wurden als der sowjetische Volksdeputiertenkongress ein Jahr zuvor. Ab diesem Zeitpunkt stimmten Macht- und Legitimitätspyramide nicht mehr überein. Die legal übergeordneten Organe des sowjetischen Gesamtstaates besaßen geringere demokratische Legitimität als die Staatsorgane der einzelnen Unionsrepubliken.

Die Gorbatschow-Führung liess das Parteienmonopol der KPdSU erst nach den Wahlen von 1990 fallen. Damit verhinderte sie zwar die Bildung von Oppositionsparteien, nicht aber die Repräsentation abweichender Interessen. Denn die Republikparlamente, die als direkte Folge des Wahlrechts reformorientierter waren als dasjenige des sowjetischen Gesamtstaates, übernahmen ab 1990 die Rolle der Opposition. Sie setzten im politischen Kampf gegen den gebremsten Reformkurs Gorbatschows ihre legislativen Kompetenzen ein und verabschiedeten unter Berufung auf ihre höhere demokratische Legitimität Rechtsakte, die gegen das übergeordnete Recht verstiesßen. Damit begann der sogenannte «Krieg der Gesetze», der die Sowjetunion als einheitlichen Rechtsraum auflöste und letztlich zu ihrer erstaunlich friedlichen Desintegration führte.

Ein entscheidender Faktor war, dass die russländische Republik 1990 ihre Souveränität erklärte und eine führende Rolle im «Krieg der Gesetze» übernahm. Damit ermutigte sie ungewollt Sezessionstendenzen in den übrigen Unionsrepubliken und den Untergang der Sowjetunion. In Russland kam eine Mehrheit für diesen Schritt jedoch nur zustande, weil sich russische Chauvinisten, gemässigte Politiker, die eine Gleichstellung der russländischen Republik mit den übrigen Republiken der Sowjetunion anstrebten, und Taktiker, für die demokratische Forderungen ein Mittel darstellten, ihre eigene Machtstellung zu bewahren, mit den Radikalreformern verbündeten. Letztere versprachen sich von der Abstossung des Imperiums ökonomische Vorteile und waren bereit, den nationalen Unabhängigkeitsbewegungen nachzugeben. Die Selbstbefreiung der Russen von ihrem Imperium, als deren erster Schritt sich die Souveränitätserklärung von 1990 im nachhinein erwies, war somit nicht der bewusste Akt einer Mehrheit, sondern das tagespolitische Zufallsprodukt einer spontanen Koalition heterogener Kräfte.

Die sowjetische Führung um Gorbatschow und die russländische um Jelzin versuchten im Machtkampf der Jahre 1990/1991 beide, die nationalen Einheiten der russländischen Republik durch weitgehende Zugeständnisse auf ihre Seite zu ziehen. Als sie die Einheiten mit unterschiedlichem Rechtsstatus gegeneinander auszuspielen begannen, kamen die politischen Eliten und Legislativorgane einer weiteren staatlichen Ebene ins Spiel. Diese erklärten ihrerseits ihre Souveränität und setzten ohne Rücksicht auf die Normenhierarchie Recht. Letztlich misslang die Übertragung des Gewaltmonopols von der Kommunistischen Partei auf den Sowjetstaat, weil als Folge des Sowjetföderalismus Volksvertretungen auf zu vielen Ebenen existierten, die – zu Recht oder nicht – für sich in Anspruch nahmen, über höhere demokratische Legitimität zu verfügen als die übergeordnete Ebene. Die verschiedenen Interessengruppen trugen ihre Konflikte nicht innerhalb eines von allen Seiten akzeptierten institutionellen Rahmens aus, sondern setzten sich in den Vertretungsorganen einer bestimmten Ebene fest, gossen ihre politischen Programme in Gesetze und versuchten so, ihre Spielregeln gegen diejenigen ihrer Gegner durchzusetzen.

Während beispielsweise Litauen auf diese Weise seine Unabhängigkeit wiedergewann und sich seither im nationalstaatlichen Rahmen konsolidiert, bedeutete der Untergang der Sowjetunion in Russland nicht das Ende des «Krieges der Gesetze». Vielmehr setzten die politischen Eliten in russländischen Teilrepubliken die Strategie, eine eigene Rechtsordnung ohne Rücksicht auf die Normenhierarchie zu verabschieden, gegenüber dem nunmehr russländischen Föderationszentrum fort, um sich möglichst viele Vorteile zu verschaffen. Gegenwärtig gibt es mindestens drei einander widersprechende Ansätze zur Stabilisierung der Föderation: den Föderationsvertrag von 1992, die Verfassung von 1993 und die zeitlich befristeten bilateralen Verträge, die die Föderation seit 1994 mit einzelnen ihrer Subjekte abschloss. Der Dauerkonflikt um die Verteilung von Kompetenzen zwischen verschiedenen Ebenen des föderalistischen Staates destabilisiert den russländischen Staat dauerhaft und lähmt ihn in seiner Fähigkeit, widerspruchsfreie Normen zu setzen und zu garantieren. Der dadurch verursachte Mangel an Rechtsstaatlichkeit ist nicht nur unvereinbar mit einer stabilen Demokratie. Er stellt auch ein schwerwiegendes Hindernis für die ökonomische Transformation dar.

Fazit

Das imperiale Erbe stellt in dreifacher Hinsicht eine Last für den Transformationsprozess in der Russländischen Föderation dar:

1. Für das russische Nationalbewusstsein, das sich stärker auf den russländischen Vielvölkerstaat als auf das russische Ethnos bezieht, ist die Abgrenzung vom Westen konstitutiv. Die Transformationsziele Demokratie und Marktwirtschaft bleiben zwar erreichbar, sie stehen jedoch in Widerspruch zur selbstbehaupteten Identität.

2. Die territoriale Expansion über Jahrhunderte sowie die staatlichen Massnahmen zur Behauptung des aussenpolitischen Grossmachtstatus und zur Bewahrung des Vielvölkerstaates hatten einen tiefgreifenden Einfluss auf die Wirtschaftsentwicklung. Die Restrukturierung der russländischen Wirtschaft stellt daher eine ungleich schwierigere Aufgabe dar als in den ostmitteleuropäischen Transformationsländern.

3. Der föderalistische Staatsaufbau der Sowjetunion war ein wichtiger Grund dafür, dass das Territorium des Russländischen Reiches nicht bereits 1917 dauerhaft in seine nationalen Bestandteile zerfiel. Im Demokratisierungsprozess der Perestroika verhinderte jedoch die Vielzahl von staatlichen Akteuren auf unterschiedlichen Ebenen den Übergang des Gewaltmonopols von der Kommunistischen Partei auf den sich demokratisierenden Staat. Dies bewirkte nicht nur den Untergang der Sowjetunion, sondern schwächte den Staat insgesamt in seiner Handlungsfähigkeit und führte in der Übergangsperiode 1990–1993 eine Situation umfassender Rechtsunsicherheit herbei, unter deren Folgen die Russländische Föderation bis heute leidet.

Wenn ich versucht habe, am Beispiel des imperialen Erbes deutlich zu machen, wie historische Langzeitfaktoren den Transformationsprozess in Russland behindern, so behaupte ich nicht, dass sie ihn verunmöglichen. Wirtschaftsaufschwung ist in hohem Masse eine *self-fulfilling prophecy*. Die Restrukturierung der russländischen Wirtschaft braucht nichts so dringend wie Investitionen. Daher möchte ich mit einem positiven Aspekt enden: Russland besitzt heute erstmals in seiner Geschichte eine demokratische Verfassung, die wenn auch nicht dem Geiste, so doch dem Buchstaben nach weitgehend eingehalten wird. Zu Beginn der Perestroika war Demokratisierung kein primäres Ziel der Parteiführung, die russländische Gesellschaft hat sie sich unter anderem in Massendemonstrationen und im Widerstand gegen die Putschisten von 1991 erkämpft. Der langfristige Wandel hin zu demokratischen Werten, der sich dahinter verbirgt, erwies sich im Laufe des letzten Jahrzehnts als resistent. Dies eröffnet trotz aller Ernüchterung über den Verlauf der Transformation in den 1990er Jahren die Perspektive, dass sich Russland auf längere Sicht zu einer rechtsstaatlichen Demokratie entwickeln wird.

Auswahlbibliographie

- Busygina, I. M. Neue Strukturen des Föderalismus in Russland: zu den administrativen Reformen von Präsident Putin. In: Osteuropa 51(2001), H. 10, S. 1131–1145.
- Götz, Roland. Zehn Jahre Wirtschaftstransformation in Russland – und der Westen. In: Osteuropa 51(2001), H. 11, S. 1286–1304.
- Heinemann-Grüder, Andreas. Der heterogene Staat: Föderalismus und regionale Vielfalt in Russland. Berlin 2000.
- Ivanov, Leonid J. Russland nach Gorbatschow: Wurzeln, Hintergründe, Trends der sich formierenden Gruppierungen, Perspektiven für die Zukunft. Passau 1996.
- Kappeler, Andreas. Russland als Vielvölkerreich: Entstehung, Geschichte, Zerfall. Aktualisierte Neuausgabe. München 2001.
- Kochanek, Hildegard. Die russisch-nationale Rechte von 1968 bis zum Ende der Sowjetunion: eine Diskursanalyse. Stuttgart 1999. (Quellen und Studien zur Geschichte des östlichen Europa; Bd. 54).
- Merkel, Wolfgang. Systemtransformation: eine Einführung in die Theorie und Empirie der Transformationsforschung. Stuttgart 1999.
- Regionalismus und Nationalismus in Russland. Hrsg. von Andreas Kappeler. Baden-Baden 1996. (Nationen und Nationalitäten in Osteuropa; Bd. 4).
- Russland unter Putin. In: Der Bürger im Staat 51(2001), H. 2/3.
- Schneider, Eberhard. Das politische System der Russischen Föderation: eine Einführung. Opladen 1999.
- Sharlet, Robert. Putin and the Politics of Law in Russia. In: Post-Soviet Affairs 17(2001), H. 3, S. 195–234.
- Simon, Gerhard. Auf der Suche nach der «Idee für Russland». In: Osteuropa 47(1997), H. 12, S. 1169–1190.
- Stadelbauer, Jörg. Die Nachfolgestaaten der Sowjetunion: Grossraum zwischen Dauer und Wandel. Darmstadt 1996. (Wissenschaftliche Länderkunden; Bd. 41).
- Systemwechsel. Bd. 1: Theorien, Ansätze und Konzeptionen, Bd. 2: Die Institutionalisierung der Demokratie, Bd. 3: Parteien im Transformationsprozess, Bd. 4: Die Rolle von Verbänden im Transformationsprozess, Bd. 5: Zivilgesellschaft und Transformation. Hrsg. von Wolfgang Merkel [et al.]. Opladen 1994–2000.
- Wyman, Matthew. Public Opinion in Postcommunist Russia. London 1997.